

Praxistag Rechtsextremismusprävention:

Tue Gutes und rede darüber!
Erfolge und Qualitätsmerkmale in der
Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus
am 9. Oktober 2008 in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Arbeitsergebnisse der Tagung:

1. Erfolgsfaktoren für eine gelingende Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus:

Erfolgsfaktoren innerhalb der Projekte:

- Ein starkes „Wir-Gefühl“ unter den Mitarbeiter/innen, eine stabile Basis
- Methodisches Wissen und Fachkenntnis – Qualifizierung und Weiterbildung für die Beschäftigten, auch Einzel- und/oder Teamsupervision
- Innerer Antrieb, Entschlossenheit der Akteure vor Ort
- Kritische Selbstreflexion, Qualitätsmanagement

Erfolgsfaktor strukturelle Rahmenbedingungen:

- gesicherte Strukturen, v.a. finanzielle Planungssicherheit, damit Professionalisierung ermöglicht wird (mehrfach genannt)
- Qualität hängt auch mit Finanzen zusammen, bspw. mit den Gehältern. („es gibt auch keine Drei-Sterne-Menüs zu Imbissbudenpreisen.“)
- Agieren statt reagieren – keine Feuerwehr, keine aktionistischen Sonderprogramme
- Entbürokratisierung – Vereinfachung der Antragsmodalitäten
- Kontinuität, gesellschaftliche und mentale Veränderungsprozesse benötigen Zeit

Erfolgsfaktor Vernetzung:

- Netzwerke bilden, Kontakte pflegen
- Überparteilichkeit, bewusste Einbindung verschiedener Akteure („Zusammenarbeit vom Bürgermeister bis zur Antifa“), Offenheit für neue Mitstreiter/innen, gezielte Einbindung von lokalen Entscheidungsträger/innen und Prominenten (mehrfach genannt)
- Vernetzung mit anderen Initiativen, dadurch Wiederverwendbarkeit von Projektansätzen und -ergebnissen

Externe Erfolgsfaktoren:

- Öffentlichkeitsarbeit, Medienpräsenz (mehrfach genannt)
- Kultur der Anerkennung, insbesondere gegenüber Ehrenamtlichen
- Problembewusstsein in Politik, Verwaltung und (lokaler) Öffentlichkeit, das immer noch nicht überall vorhanden sei

Inhaltliche Erfolgsfaktoren:

- Zielrichtung nicht allein „gegen“ Rechtsextremismus, sondern auch „für“ etwas: Für Demokratie, Menschenrechte, gelingendes interkulturelles Zusammenleben
- Konkrete Ziele setzen und den Grad ihre Erreichung transparent evaluieren
- Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen, z.B. durch Partizipationsangebote

2. Forderungen an die Politik für die Weiterarbeit in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus:

Forderungen zu den Initiativen und Projekten:

- Feste Strukturen in der Arbeit gegen Rechtsextremismus schaffen und dauerhaft finanziell sichern (mehrfach genannt)
- Einrichtung einer Regelförderung für Projekte zur Rechtsextremismusprävention unter Beachtung von Qualitätskriterien
- Entbürokratisierung, da zuviel Zeit mit Antragstellung verbraucht wird (mehrfach genannt)
- Keine Fokussierung der Förderung auf akzeptierende Jugendarbeit mit rechtsextrem orientierten Personen. Dies wäre zu hoher Ressourceneinsatz bei den „falschen“.
- Mehr Förderung von Initiativen an der Basis statt teurer zentraler Kampagnen wie z.B. „Mein Freund ist Ausländer“

Forderungen an Politiker/innen und die Verwaltung:

- Klare Positionierung von Politiker/innen gegen Rechtsextremismus und Kritik an einer Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus.
- Aktive Beteiligung von Politiker/innen an Debatten und kontinuierliche Bearbeitung des Themas durch Politiker/innen – auch ideelle Förderung der Projekte durch Anerkennung und Teilnahme ist wichtig.
- Schaffung klarer Zuständigkeit in der Verwaltung für zivilgesellschaftliche Projekte. Auch Begleitung und Interesse an den Projekten und Initiativen seitens der Verwaltung (v.a. auf kommunaler Ebene) ist wünschenswert.

Forderungen zur Ausgestaltung von Programmen:

- Verstärktes Aufgreifen von Forschungs- und Evaluationsergebnissen, v.a. bei der Gestaltung von Programmen
- Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Gestaltung von Bundes- oder Landesprogrammen – sie sind die praktischen Experten
- Abgestimmtes Konzept von Bund, Land und Kommunen, als bereits existierendes Positiv-Beispiel wurde das Landesprogramm Mecklenburg-Vorpommern genannt.
- Schaffung immer neuer Sonderprogramme ist keine Lösung. Statt dessen wird eine integrierte Strategie vorgeschlagen mit der Schaffung einer eigenständigen Bundesinstitution zur Vergabe der Fördermittel der Rechtsextremismusprävention.

Forderungen zur Demokratieförderung:

- Rechtsextremismus und Demokratieförderung als Querschnittsthema in Verwaltung und Bildungseinrichtungen verankern, Demokratieerziehung in Lehrerbildung, Lehrplangestaltung integrieren.
- Frühere Prävention bei Kindern fördern

Hinweis:

Diese Ergebnisse des „Praxistag Rechtsextremismusprävention“ wurden von Mitarbeiter/innen von Projekten und Initiativen gegen Rechtsextremismus, aus Gewerkschaften und der Wissenschaft erarbeitet. Ausgehend von positiven Praxisbeispielen haben die Teilnehmenden Erfolgsfaktoren für eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus herausgearbeitet und daran anknüpfend Qualitätsmerkmale für eine gute Rechtsextremismusprävention. Abschließend wurden ausgehend von den Arbeitsergebnissen politische Forderungen für die Weiterarbeit in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus formuliert.